



Stellungnahme zum Antrag Nr. AT/0032/2024

Vorlage: ST/0027/2024		Datum: 04.03.2024	
Dezernat 3			
Verfasser:	40-Kultur- und Schulverwaltungsamt	Az.:	
Betreff:			
Stellungnahme zum Antrag der Fraktion Die LINKE-PARTEI: Städtischer Maßnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus			
Gremienweg:			
14.03.2024	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		ohne BE abgesetzt geändert
	öffentlich		

Stellungnahme:

Die Stellungnahme erfolgt unter Zuarbeit der entsprechenden Ämter der Stadtverwaltung Koblenz.

Antwort durch das Kultur- und Schulverwaltungsamt (Amt 40) zu 1.1.

Durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ welches in Koblenz an das Bildungsbüro des Kultur- und Schulverwaltungsamts angegliedert ist, entstehen seit 2018 diverse Projekte jeglicher Art. Diese fördern und unterstützen die Beratungsmöglichkeiten vor Ort und stärken den Aufbau von Aufklärungsarbeit sowie politischer Bildung. Zusätzlich ist zu erwähnen, dass das Bundesprojekt „Demokratie leben!“ vernetzend mit der Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in RLP (m*power) vernetzt ist.

Antwort durch das Kultur- und Schulverwaltungsamt (Amt 40) zu 1.2.

Die Verwaltung bietet über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ die Möglichkeit, entsprechende Projekte wie z.B. Stolpersteinverlegungen und die Aufstellung von Denkmälern im öffentlichen Raum zu ermöglichen. Nennenswerter Kooperationspartner ist hier der Förderverein und über Opfer des Nationalsozialismus aus Koblenz und Umgebung

Antwort durch das Ordnungsamt (Amt 31) zu 2./ zu 2.1.

Mit dem 2022 verabschiedeten Integrationskonzept hat die Stadt Koblenz bekräftigt, dass gegen strukturelle, soziale, bildungsbezogene und andere Benachteiligungen angegangen wird. Die Verankerung von Chancengleichheit und Partizipation und das Bauen von Brücken zwischen Lebenswelten sind erklärtes Ziel, an dem fortwährend gearbeitet wird. Unterstützt wird die Stadtverwaltung dabei vom Beirat für Migration und Integration, Wohlfahrtsverbänden und einer Vielzahl von hauptamtlich oder ehrenamtlich agierenden Akteuren und vielen Menschen der Stadtgesellschaft. So gibt es in Koblenz ein gutes verlässliches Netzwerk und vielfältige Formate, die die Möglichkeit zur Begegnung, zum Austausch und zur Vernetzung geben. Inwieweit runde Tische geeignet sind, die genannten Zielgruppen anzusprechen und sie besser zu integrieren, kann mit den Akteuren der Integrationsarbeit besprochen werden. Für die Planung einer Umsetzung wären weitere Informationen hilfreich.

Antwort durch das Kultur- und Schulverwaltungsamt (Amt 40) zu 3./zu 3.1.

Es werden weitere Beantragungen von Drittmittel und Förderungen in Zusammenarbeit mit der Projektstelle „Demokratie leben!“ geprüft.

Antwort durch das Kultur- und Schulverwaltungsamt (Amt 40)

zu 4.

Ein Netzwerktreffen gegen Rassismus ist für August in Koblenz im Rathaussaal in Planung. Weitere Vernetzungsmöglichkeiten sind die zweimal jährlich stattfindenden Landesdemokratiekonferenzen, dieses Jahr in Pirmasens und Mainz. Zudem ist die Partnerschaft für Demokratie Koblenz Mitglied im Bündnis „Demokratie gewinnt“, um sich auch hier mit anderen Akteuren austauschen zu können und sich über aktuelle Themen auszutauschen.

Die Entwicklung eines neuen Formats zum regelmäßigen Austausch mit den umliegenden Partnerschaften für Demokratie (zum Beispiel Remagen, VG Höhr-Grenzhausen und Ransbach-Baumbach, oder die VG Rhein-Mosel) wird in diesem Jahr angestrebt.

Antwort durch die Pressestelle (Amt 01.30)

zu 5.

Wenn Maßnahmen, die unter den vorgenannten Punkten entwickelt wurden, zur Umsetzung anstehen, können die über die der städtischen Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung stehenden Mittel bekannt gemacht werden. Dies sind:

- Pressemeldungen
- Bewerbung im Intra- und Internet
- Bewerbung auf den städtischen Socialmedia-Kanälen
- Werbung auf durch DPW zur Verfügung gestellten Infotafeln
- Werbung auf Displays in Stadtbussen

Kosten sind abhängig von der Auswahl und Dauer der Werbeschaltungen.

Antwort durch das Kultur- und Schulverwaltungsamt (Amt 40)

zu 6.

Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ finden verschiedene Evaluierungsmaßnahmen statt, zunächst wird zu jedem Förderzeitraum (Kalenderjahr) ein Bericht abgegeben, in dem die Zielsetzung reflektiert wird und Schwerpunkte/Ziele für die Zukunft festgelegt werden. Für die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure findet jährlich eine „Demokratie-Konferenz“ der Partnerschaft für Demokratie statt, in der bei Bedarf bestimmte Projekte präsentiert werden, die Ausgaben dargestellt werden über bisherige und zukünftige Zielgruppen und Schwerpunkte gesprochen wird und an den aktuellen Vorkommnissen, Themen und Bedarfen der Akteur*innen orientiert, weitere sinnvolle Maßnahmen und Projektideen gemeinsam entwickelt bzw. angestoßen werden können. Kontinuierlich findet die Reflexion und (Weiter-)Entwicklung von Formaten und Projekten im Begleitausschuss, einem Entscheidungs- und Beratungsgremium aus verschiedenen städtischen und zivilgesellschaftlichen Institutionen (unter anderem auch die Betroffenenberatung m*power und die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus) des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ anhand von regelmäßigen Sitzungen, ca. vier Mal im Jahr, statt.

Die Rückmeldungen der einzelnen Fachämter ergeben aus Sicht der Verwaltung ein vielfältiges und umfassendes Maßnahmenpaket, das bereits heute ganz im Sinne des Antragstellers und im Miteinander vieler Akteur:innen Rechtsextremismus vorbeugt und unsere Demokratie vor Ort schützt. Die Stadt Koblenz ist über die Verankerung der Koordinierungsstelle im Rahmen des Bundesprojekts "Demokratie leben!" innerhalb der Stadtverwaltung (Amt 40/Bildungsbüro) nah dran

an den zahlreichen städtischen und zivilgesellschaftlichen Gruppen, die mit hohem Engagement demokratische Kultur leben, sie erhalten und gestalten.

Beschlussempfehlung:

Aus den in der Stellungnahme ausgeführten Gründen erachtet die Verwaltung den Antrag als ausreichend umgesetzt, bietet aber an, die für Mai geplante Demokratiekonferenz im Rahmen der Koblenzer Wochen der Demokratie dafür zu nutzen, gemeinsam mit den städtischen und zivilgesellschaftlichen Institutionen Aspekte des Antrags zu bewerten.